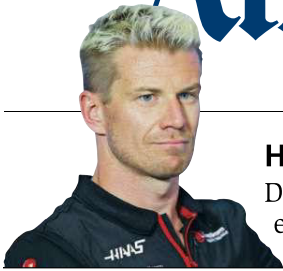


Allgemeine Zeitung

MAINZ · RHEINHESSEN



Hülkenberg ab 2026 bei Audi

Der Rennfahrer sichert sich langfristig einen Platz in der Formel 1. ► SPORT

„Kita muss nicht kostenlos sein“

Eine Ortsbürgermeisterin übt Kritik an der Beitragsfreiheit – und mehr. ► RHEINHESSEN

1 G 1112 A | Nr. 99 | 174. Jahrgang | VRM, Postfach 3120, 55021 Mainz



www.allgemeine-zeitung.de

Samstag, 27. April 2024 Preis: 3,30 Euro



Unser Geschenk an alle Abonnenten



Freischalten und digitale Nachrichten gratis lesen:

www.allgemeine-zeitung.de/gratis-upgrade

WETTER

Wochenendwetter
Samstag Sonntag



10/21 9/19

HEUTE

Zusammenarbeit für den Panzer der Zukunft
Deutschland und Frankreich wollen bei der Entwicklung eines hochmodernen Kampfpanzers kooperieren. Er soll Europa auf die Bedrohungen der Zukunft vorbereiten.
► POLITIK

Der Gaza-Krieg an den US-Elite-Universitäten
Auf den Campussen der amerikanischen Eliteuniversitäten Columbia und NYU herrscht Chaos. Auslöser sind die Ereignisse im Nahen Osten.
► POLITIK

Die Problematik rund um Paragraph 218
Eine Expertenkommission will, dass Abtreibungen legalisiert werden. Eine Jura-Professorin erklärt, warum dieser Schritt überfällig ist.
► HINTERGRUND

Nico Semsrott rechnet mit dem EU-Parlament ab
Kabarettist Nico Semsrott war eine Legislatur lang Europaabgeordneter. Warum er froh ist, Brüssel wieder den Rücken zu kehren, erzählt er im Interview.
► KULTUR

KONTAKT

Abo-Service:
Online: www.vrm-abo.de/aboservice
täglich 24h verfügbar
Telefon: 061 31/48 49 50
Mo. – Fr. 7 – 18 Uhr; Sa. 7 – 12 Uhr
Privatanzagen: 061 31/48 48 80
Online: www.vrm-anna.de
Redaktion: 061 31/48 58 48
Fax: 061 31/48 58 48
E-Mail: az@vrm.de

www.facebook.com/allgemeinezeitung

Wir sind VRM

Bombe schnell entschärft

Ein am Mittwoch bei Bauarbeiten auf dem Hochschulweiterungsgelände entdeckter Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg ist am Freitag von Experten entschärft worden. Nach der knapp einstündigen Aktion konnten die Bewohner in ihre Häuser zurückkehren. ► MAINZ

Foto: Sascha Kopp



Lemke und Habeck unter Druck

Umweltministerin und Wirtschaftsminister weisen Vorwürfe zurück, sie hätten Analysen zum Atomausstieg unterdrückt

Von Martina Herzog

BERLIN. In zwei Sondersitzungen von Bundestagsausschüssen haben Wirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) ihre Entscheidungen rund um den deutschen Atomausstieg verteidigt. Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reicht das nicht. „Im Raum steht weiter die begründete Annahme: Habecks Ministerium hat das Gegenteil gemacht, was der Minister öffentlich angekündigt hatte. Verdrehung von Fakten statt ergebnisoffener Prüfung“, sagte der Sprecher für Klimaschutz und Energie der Unionsfraktion, Andreas Jung (CDU).

Medienbericht löst Kontroverse aus

Auslöser der aktuellen Kontroverse ist ein Bericht des Magazins „Cicero“, wonach sowohl im Wirtschafts- als auch im Umweltministerium im Frühjahr 2022 interne Bedenken zum damals noch für den

folgenden Jahreswechsel geplanten Atomausstieg unterdrückt worden sein sollen – was beide Ministerien aber bestreiten. Ein „Cicero“-Journalist erstirbt die Herausgabe der Akten vor Gericht und hat dem Magazin zufolge am Ende „zwei gut gefüllte Aktenordner“ erhalten. Bis dahin hatte Habecks Bundeswirtschaftsministerium nur einen Teil der geforderten Dokumente übergeben und dies mit der Vertraulichkeit der Be-



Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zeigte sich nach der Ausschusssitzung betont gelassen. Foto: dpa

ratungen begründet, wie im Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts aus dem Januar dieses Jahres nachzulesen ist. „Eine nachträgliche Herausgabe von vertraulich übermittelten Informationen hätte zur Folge, dass künftig ein unbefangener Meinungsaustausch nicht mehr möglich wäre“, so die Argumentation des Ministeriums. Die Richter überzeugte das nicht. Das Ministerium konnte aus ihrer Sicht nicht begründen, wieso die Veröffentli-

chung eine künftige Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung beeinträchtigen würde. Mitarbeiter von Habecks Ministerium argumentierten im Entwurf eines Vermerks vom 3. März 2022, unter bestimmten Umständen könne eine begrenzte Laufzeitverlängerung der verbleibenden deutschen Atomkraftwerke bis in das folgende Frühjahr sinnvoll sein. Sie rieten dazu, diese Möglichkeit weiter zu prüfen. Ein Aspekt, der in dem fraglichen Entwurf nicht diskutiert wurde, war die Frage der Sicherheit des Weiterbetriebs. Es ging hier vorrangig um Fragen der Energieversorgung. In der Leitungsebene kannte das Dokument laut Ministerium nur Staatssekretär Patrick Graichen, einem Parteifreund Habecks, der später nach Vorwürfen der Vernetzung die Amtsräume räumen musste – den Minister hätte es damit nicht erreicht.

Nach Habecks Darstellung ist das aber kein Problem. „Mein Haus hat 2400 Mitarbeiter“, sagte der Minister am Freitag. Die fachliche Dis-

kussion sei wichtig. Für ihn seien aber die Gespräche mit den Atomkraftwerks-Betreibern ausschlaggebend gewesen. „Entscheidend ist, dass ich in den wirklich relevanten Runden, und das sind die Runden mit den Versorgungsbetreibern, immer die richtigen Fragen stellen konnte.“

Robert Habeck

Runden mit den Versorgungsbetreibern, also RWE, ENBW und Eon, immer die richtigen Fragen stellen konnte. Und da bin ich sicher, dass die gestellt wurden.“ Die Betreiber hätten damals gesagt, die vorhandenen Brennelemente seien bis Jahresende aufgebraucht. Später seien diese Angaben korrigiert worden.

Privates Kapital für Klimaschutz?

BERLIN (dpa). Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich dafür ausgesprochen, bei der Finanzierung des Klimaschutzes stärker auf private Investitionen zu setzen. „Eine Diskussion, die nur auf öffentliche Finanzierungs-zusagen fixiert ist, greift viel zu kurz. Wir brauchen eine neue Herangehensweise an die Finanzierung des Klimaschutzes weltweit“, sagte der SPD-Politiker am Freitag beim Petersberger Klimadialog in Berlin. Er verwies darauf, dass nach Experten-schätzung bis 2030 alleine 2,4 Billionen US-Dollar (etwa 2,2 Billionen Euro) jährlich für die Umstellung auf klimaschonende Energie in den Entwicklungs- und Schwellenländern benötigt würden. „Das ist eine gewaltige Summe“, betonte Scholz. „Öffentliche Gelder alleine, dazu von einer überschaubaren Gruppe von Ländern, werden für Investitionen in dieser Größenordnung bei bestem Willen nicht ausreichen.“ Die Finanzierung des Klimaschutzes müsse viel stärker darauf ausgerichtet werden, private Investitionen in nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen.

Einheitliche Ladekabel

BERLIN (dpa). Einheitliche Ladekabel für alle Handys, Tablets und Spielkonsolen werden zum Jahresende auch in Deutschland zur Pflicht. Der Bundesrat hat am Freitag Änderungen am Funkanlagengesetz gebilligt und damit den Weg für diese Vereinheitlichung freigemacht. Damit setzt Deutschland eine EU-Richtlinie um. Beim Aufladen von Smartphones, Digitalcameras, Kopfhörern, E-Readern oder Navigationsgeräten wird USB-C Ende des Jahres zum Standard. Ab 2026 gilt dies auch für Laptops. Diese technische Vereinheitlichung soll die Menschen finanziell entlasten und gleichzeitig überflüssigen Elektroschrott vermeiden. Geräte können nun auch ohne neues Netzteil verkauft werden.



Bundestag verabschiedet Klimaschutzgesetz

Änderungen auf Verlangen der FDP nehmen einzelne Ministerien bei Umsetzung der Ziele aus der Verantwortung / Opposition bemängelt Aufweichung

Von Andreas Hoenig

BERLIN. Der Bundestag hat am Freitag eine umstrittene Reform des Klimaschutzgesetzes beschlossen. Diese kam vor allem auf Verlangen der FDP zu stande. Im Kern geht es darum: Einzelne Ministerien wie das Verkehrsressort müssen keine Sofortprogramme mehr vorlegen, wenn rückwirkend betrachtet gesetzliche Vorgaben zum CO₂-Ausstoß verfehlt wurden. Künftig soll die Bundesregierung als Ganzes gewährleisten – falls es in Zukunft

absehbare Schwierigkeiten gibt, um Klimaziele zu erreichen. Kritiker bemängeln, die Reform sei eine Aufweichung. Das Gesetz muss noch den Bundesrat passieren.

Deutschland will bis 2045 Treibhausgasneutralität

Im Gesetz sind verbindliche Klimaziele enthalten. Bis 2030 muss Deutschland seinen Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Bis 2040 sollen die Treibhausgase um 88 Prozent

sinken und bis 2045 soll Treibhausgasneutralität erreicht werden – dann dürften also nicht mehr Treibhausgase ausgestoßen werden als auch wieder gebunden werden können. Bisher gilt: Wenn einzelne Sektoren wie der Verkehrs- oder Gebäudereich die Vorgaben zum Kohlendioxid-Ausstoß verfehlen, müssen die zuständigen Ministerien im nachfolgenden Jahr Sofortprogramme vorlegen. Im vergangenen Jahr verfehlten der Verkehrs- sowie der Gebäudereich die Vorgaben.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte mit drastischen Maßnahmen bis hin zu Fahrverboten am Wochenende gedroht, sollte der Bundestag die Reform des Klimaschutzgesetzes nicht bis Sommer beschließen – dann hätte Wissing ein Sofortprogramm vorlegen müssen, damit der Verkehrsressort Klimaziele einhält. Mit der Reform soll die Einhaltung der Klimaziele nun nicht mehr rückwirkend nach Sektoren kontrolliert werden – sondern in die Zukunft gerichtet, mehrjährig und sektorübergreifend.

Die Grünen betonten, das neue Klimaschutzgesetz binde die Bundesregierung erstmals, konkrete Klimaschutzmaßnahmen auch für die Zeit von 2030 bis 2040 aufzustellen. FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner schrieb auf der Plattform X, der planwirtschaftliche Ansatz des alten Klimaschutzgesetzes sei Geschichtsbildung. Mit einer langfristigen Zielperspektive würden „harte Freiheitsbeschränkungen“ verhindert. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge sagte: „Das Klimaschutzgesetz

schauf in Zukunft nach vorne.“ Dröge räumte aber ein, die Grünen hätten sich eine noch klarere Verantwortung der einzelnen Sektoren gewünscht. Umweltverbände kritisieren seit Langem eine Aufweichung des Gesetzes. Vor allem der Verkehrsressort werde aus der Pflicht entlassen, dass es wirksame Maßnahmen für mehr Klimaschutz gibt. Der CDU-Energiepolitiker Andreas Jung sprach von einer Entkernung des Klimaschutzgesetzes und einem Rückschritt für den Klimaschutz.

KOMMENTARE



Habeck kann Verdacht der Manipulation nicht entkräften

Von Ralf Heidenreich
ralf.heidenreich@vrm.de

Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ist ein hochemotionales Thema. Daher hätten die zuständigen Ministerien die Entscheidung, ob die verbleibenden deutschen Atommeiler wegen einer möglichen Gasknappheit infolge des Ukraine-Krieges zur Versorgungssicherheit 2023 für einige Monate hätten weiterbetrieben werden müssen, transparent und vor allem nach Faktenlage treffen müssen. Wir wissen nicht, was sich im Wirtschafts- und im Umweltministerium genau abgespielt hat, aber eines steht fest: Die Berichte über positive und mutmaßlich unterdrückte Experten von Fachleuten der grünen Ministerien zu einer Verlängerung der Meilerlaufzeiten nähren das, was den Grünen immer wieder vorgeworfen wird - in Energiefragen nicht rational, sondern ideologisch zu entscheiden. Die Entgegnungen des Wirtschaftsministeriums und dessen Chef Robert Habeck wirken halbgar und schwach und können den Verdacht, dass hier manipuliert wurde, nicht entkräften. Habeck sagt, nicht die Meinungen einzelner Ministeriumsmitarbeiter seien entscheidend gewesen, sondern die Gespräche mit den Betreibern der Kraftwerke. Auch bleibt unklar, was mit der Expertise passiert ist. Sie soll zwar nicht bis zu Habeck gelangt, aber irgendwie dann doch in einen später veröffentlichten Prüfvermerk der Ministerien eingeflossen sein. Unabhängig von der Schuldfrage verfestigt sich ein Eindruck, der bereits beim Chaos um das Heizungsgesetz entstanden ist: Habeck führt sein Ministerium nicht, sondern stolpert durch das selbige. Zusätzlich zu den vielen Ampelstreitereien steckt Habeck erneut in einem handfesten Skandal. Und es stellt sich die Frage, ob es nicht ein Stolperer zu viel ist. Und er fällt.



Klimaschutz, geopfert für den Koalitionsfrieden

Von Tim Würz
tim.wuerz@vrm.de

Klimaschutz, geopfert für den Frieden in der Ampel: So lässt sich die heute durch den Bundestag gegangene Änderung des Klimaschutzgesetzes zusammenfassen. Es ist eine Entkernung des bisherigen Beschlusses und zeigt: Die deutschen Regierungen ziehen sich weiterhin aus der klimapolitischen Verantwortung. Die Sektorziele zwangen den Ministerien feste Vorgaben auf und forderten Maßnahmen, wenn diese verfehlt wurden. Jetzt fallen sie einfach weg. Dabei hinken zwei Sektoren - Bau und Verkehr - den Zielen deutlich hinterher, weswegen etwa Verkehrsminister Volker Wissing gerichtlich zu einem Sofortprogramm verdonnert wurde. Das braucht er mit dem neuen Gesetz - Zauber, Zauber - einfach nicht mehr. Das Klimaschutzgesetz wird eines wesentlichen Teils, seiner Härte, beraubt. Mit dem Zeitpunkt der Änderung ist das ein fatales Signal: Denn kurz bevor Wissing gezwungen wird, Maßnahmen einzuleiten, zieht das Gesetz ihn aus der Verantwortung. Dabei hat es sein Ministerium zweieinhalb Jahre lang versäumt, effektive Maßnahmen in dem so wichtigen Verkehrssektor einzuführen. Doch statt Druck in den hinterherhinkenden Sektoren aufzubauen, nimmt die Regierung, inklusive „Klimakanzler“ und Grünen, ebendieses heraus. Im Austausch dafür hat die FDP zwar das Solarpaket wohl auf Wunsch der Grünen freigegeben - doch die Änderung des Klimaschutzgesetzes ist kurzfristig. Das Gesetz in bisheriger Form geht direkt auf die Klimaklage von 2021 zurück. Nach der Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht musste die große Koalition das Klimaschutzgesetz in schärferer Form beschließen - es jetzt wieder aufzuweichen, wird Umweltverbände sicher wieder zu den Richtern nach Karlsruhe führen.

PRESSESTIMME

Schwäbische Zeitung

Über die Rolle der FDP in der Ampel schreibt das Blatt:

Die Ampel-Fraktionen beschließen am Freitag ein Solarpaket, damit mehr Photovoltaikanlagen auf die Dächer kommen, und am Wochenende beraten die FDP-Delegierten bei ihrem Parteitag über ein Papier, in dem unter anderem ein schnellstmögliches Ende der Förderung erneuerbarer Energien gefordert wird. Doch SPD und Grüne tun so, als sei es ein völlig normaler Vorgang, wenn die dritte Partei im Bunde ein Zwölf-Punkte-Papier in den Raum stellt, das mit der Ampel-Politik weitgehend unvereinbar ist. Das kann nur als Zeichen der Ermüdung gewertet werden. Die Seele der Delegierten wird gestreichelt, doch die Partei bei den kommenden Wahlen keinen Erfolg feiert.



Karikatur: Gerhard Mester

PRO & CONTRA

Vereine haften für Fußball-Rowdys

Bundesverfassungsgericht verhandelt, wer für Sicherheit bei Hochrisikospielen zahlt / Sind Clubs in der Pflicht?

Fußball ohne Emotionen – geht gar nicht. Fußball ohne Feindschaft, Hass und Ausschreitungen – geht schon. In jedem Spiel, egal wie der Gegner heißt oder wer der Sponsor ist. Hochrisikospiele entstehen durch das Fehlverhalten einer Minderheit, die Einfluss und Macht in bestimmten Fangruppen ausübt. Die Kosten für Hochrisikospiele sollten daher von den 36 Bundesligaveren und der Deutschen Fußball Liga (DFL) getragen werden. Die Vereine lassen es zu, dass einzelne Fanggruppen bevorzugt Tickets erhalten. Sonderrollen einnehmen oder mit Stimmungsboykotten Druck ausüben.

von den enormen Einnahmen aus TV-Verträgen, Ticketverkäufen, Werbung und weiteren Einnahmequellen – auch bei Hochrisikospielen. Eine finanzielle Beteiligung an den Kosten wäre daher keine Bestrafung, sondern eine angemessene Maßnahme zur fairen Verteilung der finanziellen Verantwortung.

PRO



„Beteiligung an Kosten wäre faire Verteilung der Verantwortung.“

Antonia Meyer
antonia.meyer@vrm.de

Eine finanzielle Beteiligung wäre gerecht und ist längst überfällig. Diese Spiele verursachen erhebliche zusätzliche Kosten für Polizeieinsätze und Sicherheitsmaßnahmen, aktuell bezahlt mit öffentlichem Geld. Die DFL und die Proficlubs der Bundesliga und Zweiten Bundesliga profitieren

von den enormen Einnahmen aus TV-Verträgen, Ticketverkäufen, Werbung und weiteren Einnahmequellen – auch bei Hochrisikospielen. Eine finanzielle Beteiligung an den Kosten wäre daher keine Bestrafung, sondern eine angemessene Maßnahme zur fairen Verteilung der finanziellen Verantwortung. Wenn finanzielle Auswirkungen der Hochrisikospiele spürbarer werden, gehen die Verantwortlichen vielleicht auch aktiver gegen Konflikte und Ausschreitungen vor. Durch offene Kommunikation und Dialog könnten Lösungen gefunden werden, die Atmosphäre und Sicherheit gleichermaßen in den Stadien gewährleisten. Letztendlich müssen alle Beteiligten – Vereine, DFL, Sicherheitsbehörden und Fans – gemeinsam an einer nachhaltigen Lösung arbeiten, Hochrisikospiele zu entschärfen und Fußball mit Emotionen zu bewahren. Ohne finanzielle Beteiligung der Allgemeinheit.

Es ist unbestritten, dass es rund um Bundesligaspiele Polizisten braucht, die sicherstellen, dass Stadionbesucher gut zu den Spielen und wieder zurück kommen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Beamten und den Proficlubs ist dabei die Grundvoraussetzung. Wie viele Einsatzkräfte aber pro Partie gebraucht beziehungsweise dann auch eingesetzt werden, darüber entscheidet die zuständige Polizeibehörde alleine. Darauf haben die Vereine respektive die Deutsche Fußball Liga (DFL), die ja vom Staat gern in die Kostenpflicht genommen werden würde, keinen Einfluss.

CONTRA



„Hochrisikospiele gibt es erstmal nur in der polizeilichen Theorie.“

Nadine Peter
nadine.peter@vrm.de

Bedeutet: Die sogenannten Hochrisikospiele, um die es in der Debatte um die Kostenbeteiligung seitens der DFL bei Polizeieinsätzen geht, gibt es erstmal nur in der polizeilichen Theorie. Es ist freilich so, dass es in bestimmten Konstellationen kritischere und unkritischere Partien gibt. Aber warum sollen Bundes-

ligaveren Kosten für Polizeieinsätze mittragen und andere Veranstalter, die polizeiliche Unterstützung in Anspruch nehmen, nicht? Man denke beispielsweise an Demonstrationen, G20-Gipfel oder auch Volksfeste wie das Münchner Oktoberfest. Das Argument, dass Fußballspiele zwar ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind, aber nicht jeden interessieren, ist damit entkräftet. Denn genauso wenig interessiert sich jeder (Steuerzahler) für die genannten Beispiele, die ebenfalls enorme Polizeipräsenz verlangen und hohe Kosten verursachen. Zudem sind die Vereine auch Steuerzahler, finanzieren die Polizei also mit. Und es ist ja auch nicht so, dass Fußballspiele samt deren Besucher nur Kosten verursachen. Städte, Bundesländer und die private Wirtschaft verdienen mit Fußballfans, die in Deutschland jedes Wochenende zu Zehntausenden durch die Republik reisen und Hotels und Gaststätten vollmachen, durchaus gutes Geld.

„Wennschondennschon“

Apropos Garten: Was Habeck, Lindner und Scholz von einem Visionär aus Potsdam lernen könnten

Es gibt unerfüllte Liebe. Ich buhle gleich um zwei Kerle, sei Jahren vergeblich. Der eine heißt Rittersporn, der andere Phlox.

➤ Für eine leidenschaftliche Hobbygärtnerin ist das tragisch. „Dem Leben ohne Phlox fehlt ein Kronjuwel“, erklärte Karl Foerster, Deutschlands bekanntester Stauden-Züchter. Angeblich sagte er auch: „Ein Leben ohne Rittersporn ist ein Irrtum.“ Auf jeden Fall liebte der geniale Gärtner aus Potsdam seine Stauden so abgöttisch wie Loriot seine Möpse. Foerster hat die Gartenwelt um mehr als 360 Sorten bereichert, darunter 72 Rittersporne und 83 Phlox.

➤ Ich werde es in diesem Mai wieder versuchen. „Wennschondennschon“ mit „Jubelruf“. Allein die Namen von Foersters Züchtungen versetzen mich in Entzücken. Zu-

gleich ahne ich, dass der engblau „Jubelruf“ für mich nur einen Sommer lang erklirgen wird. Und dass „Wennschondennschon“, der anderswo in verwegener Lilart schwehelt, auf meinem sandigen Grund zum blütenarmen Geizhals verkümmert.

➤ Foerster propagierte den „Garten für intelligente Faule“. Betrachte ich mich durch seine Brille, bin ich eine unermüdliche Doofe. Stets bemüht um herrliche Diven, die einfach nicht in meine Nähe passen.

➤ Mit viel Pomp wird in diesem Jahr der 250. Geburtstag von Caspar David Friedrich begangen. Vor der Sonderausstellung in der Berliner Nationalgalerie bilden sich lange Schlangen. Wie schön, dass zur gleichen Zeit das Potsdamer Museum für Kunst und Geschichte die 150. Geburtstag des Gartenpioniers Foerster feiert.

➤ Auch Foerster war ein begnadeter Landschaftsmaler, hat er doch naturnahe Gartenträume erschaffen. Dem jeweiligen Standort angepasst, ist in seinem wunderbaren Senkgarten

die sich in jedem Mai entfaltet. Es ist ein Phänomen: Sobald ich im Garten ackere, spüre ich Leichtigkeit. Auf Foerster-Deutsch heißt dies „Ferien vom Ach“.

➤ In einer Zeit voller Kriege und Gewalt tut es gut, seelische Kraft zu tanken. Foerster riet Eltern, jedem Kind ein eigenes Beet anzulegen, das es selbst bepflanzen darf. Nicht alle Familien haben diese Möglichkeit. Aber vermutlich wäre dies eine kostbare Investition ins Gedeihen unserer Gesellschaft.

➤ Als ich in den vergangenen Tagen über den neuesten Ampel-Streit las, dachte ich: Scholz, Habeck und Lindner sollten einfach mal zusammen einen Schbergarten bewirtschaften. Da würden sie Regeln lernen, die für die Politik taugen.

➤ Erstens: Starker Rückschnitt fördert das Wachstum. Wer

Aufschung will, muss Steuern senken und wuchernde Bürokratie beschneiden.

➤ Zweitens: Nur wer sät, kann ernten. Das widerspricht einseitigen Subventionen und allzu großzügigen Sozialleistungen.

➤ Drittens: Alte Stauden muss man teilen. Wer die Rente mit 63 abschaffen will, schert alle über einen Kamm.

➤ Ein Garten ist nie fertig. Auch ein Koalitionsvertrag ist nur eine Momentaufnahme. Kluge Staatskunst besteht darin, Politik an aktuelle Erfordernisse anzupassen.

➤ Manche Menschen können es schwer ertragen, wenn es für bestimmte Probleme keine einfache Lösung gibt. Wer einen Garten hat, wird zu Demut und Geduld erzogen. „Was tun Sie gegen Wühlmäuse?“, wurde Karl Foerster gefragt. „Wir schlafen.“



monika.nellessen@vrm.de

Apropos
von Monika Nellessen

nah Sanssouci fast das ganze Jahr über was zu sehen. „Es wird durchgeblüht“, nannte er das.

➤ Ich finde diese volle Blütenpracht ungeheuer ermutigend,